

Nov 2020 | **Unternehmerbrief**

INFORMATION FÜR MITTELSTÄNDISCHE UNTERNEHMEN UND FREIE BERUFE



UMU
EWiF | BM

Wir Eigentümerunternehmer



US-Präsidentschaftswahlen entschieden Was bedeutet der Biden-Sieg für Deutschland?

von **Jürgen Chrobog**, deutscher Botschafter in USA und Staatssekretär des Auswärtigen a. D. und Präsident des Europäischen Senats-Politik der »Wir Eigentümerunternehmer«, Partner Berlin Global Advisors, Beraterstab Consileon Business Consultancy

Erst die gute Nachricht: Der Wahlsieg von Joe Biden wird für die internationale Politik und Wirtschaft zu einer gewissen Beruhigung führen – außer Donald Trump läuft Amok und geht, unterstützt durch seinen Anwalt Rudi Giuliani, durch alle Instanzen. Da er aber erste Prozesse bereits mangels ausreichender Beweisführung verloren hat und sein Unterstützerkreis immer kleiner wird, und da auch die Republikanischen Gouverneure sich die Behauptung verbieten haben, in ihren Staaten hätte es Fälschungen gegeben, sind seine Chancen nicht groß. Selbst sein Lieblingssender geht in Deckung.

Dennoch solle niemand glauben, unter Biden seien alle Probleme gelöst. Zwei Gründe sprechen dagegen. Die amerikanische Gesellschaft ist tief gespalten – in fast zwei gleiche Hälften. Der von Trump kreierte Hass wird so bald nicht vergehen. Dennoch, wer Biden kennt, weiß, dass er sich um die Überwindung der Spaltung bemühen wird. Wenn nicht wenigstens ein paar Republikaner kompromissbereit sein werden, wird es ihm der Senat sehr schwer machen. Dass es zumindest bis zu den an-

stehenden Nachwahlen einen gespaltenen Senat gibt, bedeutet für die Wirtschaft eine Beruhigung. Biden und seine eher linksstehende Vizepräsidentin Kamala Harris können nicht einfach durchregieren und für die Wirtschaft und Finanzwelt Fakten schaffen, die man dort als störend empfinden würde. Andererseits kann er dadurch auch nicht liefern, was viele seiner Wähler von ihm fordern. Er befindet sich in einer schwierigen Lage.

Zweitens gibt es manche sachlichen Übereinstimmungen in den Auffassungen von Trump und Biden. Das »Amerika First« hat auch Biden verinnerlicht, nur dass er es „made in all of America“ nennt, ohne dies in derselben Brutalität wie sein Vorgänger auszuspielen. Sein Verhältnis zu China unterscheidet sich kaum von dem von Trump und wird uns weiter Schwierigkeiten bereiten. In Fragen des Freihandels waren die Republikaner früher näher an den Europäern als die Demokraten, gerade wegen deren Abhängigkeit von den Gewerkschaften. Das Projekt Nordstream 2 sollte endlich kurz vor der Fertigstellung zu Ende gebracht werden. Man muss sich

wirklich fragen, warum man das umweltfeindlichste Produkt »Fracking Gas« aus den USA importieren soll, statt weniger schädliches »Nordstream-Gas«. Im Kongress gibt es aber fast gleichen Widerstand auf beiden Seiten. Hiergegen sollten die Umweltschützer protestieren. Die EU ist in diesen Fragen selbst gespalten. Sie hat viel Überzeugungsarbeit zu leisten – nach innen wie nach außen.

In Europa gibt es drei Länder, die schwer von dem Wahlausgang enttäuscht sind: Zunächst Großbritannien. Johnson hat einen Bruder im Geiste verloren. Trump unterstützte ihn beim Brexit, denn es ging ihm um die Spaltung Europas.

Biden schätzt die Bedeutung der EU. Seine Neigung, den Brexit insbesondere ▶

INHALT

Aktuelle außenpolitische Analyse von Jürgen Chrobog	1
COVID-Maßnahmen – nur differenziert und maßvoll!	2
Ergebnisse der KfW-/Verbandsumfrage	3
Mitgliederhilfsprojekt in Uganda	4

Fortsetzung – US-Präsidentschaftswahlen entschieden

auch mit Bezug auf Irland durch einen Freihandelsvertrag zu belohnen, dürfte gering sein. Er ist ein Anhänger des irischen Friedensabkommens. Neben Brexit und Corona haben die Briten jetzt ein neues Problem namens Biden.

Weitere Trump-Freunde, die leiden, sind **Ungarn** und **Polen**. Ihnen ist **ihr Lieblingspartner abhanden gekommen**.

Deutschland und die EU werden sich auf einen neuen Präsidenten einstellen, der **konzilianter** sein dürfte als der alte. **Kommunikation und Diplomatie werden zurückkehren**. Meinungsunterschiede werden wieder ohne Feindseligkeiten ausgetragen werden. Einige Probleme bleiben uns aber erhalten. Bei den Verteidigungslasten können wir uns nicht länger wegducken. Das **Zwei-Prozent-Ziel** wird auch bei

diesem Präsidenten auf dem Tisch bleiben. Hier müssen wir vorankommen, selbst wenn daraus ein Problem für die Berliner Koalition entstehen sollte.

In Sachen **Iran** heißt es abzuwarten. Allerdings hat Biden kürzlich angedeutet, sich hier der europäischen Haltung anzunähern. In dieser Frage dürfte es zum Streit mit dem Kongress kommen. Dort könnten die Demokraten sogar härter auftreten als die Republikaner, denn sie haben mit dem Iran noch eine Rechnung offen.

In der Handelspolitik ist schwer vorzusagen, wie sich Biden verhalten wird. Es ist zu hoffen, dass zumindest die Personalblockade aufgehoben wird, damit die **WTO wieder handlungsfähig** wird. Gleiches gilt auch für das **Verhältnis zur WHO**. Diese muss gestärkt werden, schon im Hinblick auf weitere Pandemien. ■

Hoffnung können wir für das **Umweltabkommen** haben. Biden hat den **Wiedereintritt der USA** bereits angekündigt. Wichtig ist die Bekämpfung der Pandemie, ohne einen Kampf um Impfstoffe. Hier haben wir endlich wieder einen Partner.

Deutschland und Europa können nach dieser Wahl zuversichtlicher in die Zukunft schauen. Ein fairer Umgang zwischen EU und USA auf Augenhöhe ohne Erpressung ist das, was wir brauchen. **Es bleibt aber festzuhalten: die neue Regierung wird insgesamt protektionistischer sein, als wir Europäer es uns wünschen**.

Es bleibt nunmehr abzuwarten, ob Trump noch einen letzten, vergifteten Pfeil im Köcher hat. Als amtierender Präsident hat er noch viel Zeit, die er nutzen kann. ■

▼ COVID – Differenziertes Vorgehen bei Beschränkungen notwendig

»Wir Eigentümerunternehmer« lehnen schärferen Lockdown ab

Wenn wir die Situation und die Vorgehensweisen in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern betrachten, zum Beispiel USA, Frankreich, Belgien, Tschechien etc., so erkennen wir an, dass die Maßnahmen von Bund, Ländern und Kommunen insgesamt wirksam waren, um die Ausbreitung und die Folgen des Virus bei uns unter Kontrolle zu halten. Kreative und verantwortungsvolle Unternehmerinnen und Unternehmer und Bürger haben einen sehr aner kennenswerten Beitrag dazu geleistet.

Die Verbandsgruppe »Wir Eigentümerunternehmer« hat die Bundesregierung und die Länder im Vorfeld der neuen Maßnahmen zum November aufgefordert, zurückhaltend und differenziert mit den Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Ausbreitung des Corona-Virus vorzugehen, insb. mit Lockdown-Maßnahmen und auch Leitlinien des Grundgesetzes zu beachten.

Angesichts der Beratungen von Kanzlerin Angela Merkel mit den Ministerpräsidenten der Länder haben wir eine Differenzierung bei den Maßnahmen eingefordert. In Deutschland ist es verpönt, wirtschaftliche Argumente ins Feld zu führen, wenn es um „Menschenleben“ geht. Aber dies kann kein Gegensatz sein. Bei einem weitgehenden Lockdown steht die Existenz vieler Mittelstandsbetriebe auf dem Spiel und damit die Existenzen der Unternehmer- und Mitarbeiter-Familien.

Für Probleme und teilweise sinkende Akzeptanz unter Unternehmern und Selbständigen hat auch gesorgt, dass manche Maßnahmen widersprüchlich erscheinen. Zum Beispiel sind sich viele Experten einig, dass das Risiko von Ansteckungen in Restaurants gering ist, da die Betreiber umfangreiche Hygienekonzepte aufgestellt und umgesetzt haben.

Wir fordern weiter, dass die Länder

und Kommunen vor Ort entscheiden sollen, ob angesichts der Entwicklung der Infektionszahlen weitergehende Beschränkungen notwendig sind und wie diese ausgestaltet werden. Die Gesundheitsämter vor Ort kennen die Ansteckungsschwerpunkte am besten, sie können über ihre Erfahrungen mit der Nachverfolgung die Maßnahmen steuern.

Wir betrachten es auch als Erfolg unserer Gespräche und des Dialogs der Wirtschaftsverbände mit der Bundesregierung und den Ländern, dass die Soft-Lockdown-Maßnahmen seit dem 2. November im Vergleich zu anderen europäischen Ländern moderater beschlossen wurden und es gleichzeitig erhebliche finanzielle Kompensationen für die Ausfälle von Unternehmern und Selbständigen gibt, z.B. Erstattung von 75 % des entsprechenden Vorjahresumsatzes im November für Unternehmen bis 50 Mitarbeiter. ■

▼ Verbands-/KfW-Unternehmerumfrage

Finanzierungsklima: Unternehmen gut gerüstet vor der Krise

Zusammen mit der KfW-Mittelstandsbank und anderen Mittelstandsverbänden haben wir auch in diesem Jahr wieder unsere Mitglieder zur aktuellen Finanzierungssituation und ihren Finanzierungsgewohnheiten befragt. Bereits seit 2001 wird diese gemeinsame Untersuchung durchgeführt, die ermittelt, was bei diesen Themen in der betrieblichen Praxis gut läuft und wo es hakt, um dann der Politik Handlungsempfehlungen geben zu können.

Die Befragung erfolgte Anfang des Jahres bis zum März und überschneidet sich somit mit dem Ausbrechen der Corona-Pandemie und den in der zweiten Märzhälfte eingeführten Eindämmungsmaßnahmen. Die Ergebnisse zeichnen daher ein gutes Bild der Situation der Unternehmen zu dem Zeitpunkt, zu dem sie mit der Corona-Krise konfrontiert wurden.

Vor COVID unverändert gute Finanzierungssituation

Es zeigt sich, dass die Finanzierungssituation der Unternehmen in Deutschland bis zum Ausbruch der Corona-Krise unverändert gut war. Dazu haben die hohe Innenfinanzierungskraft, niedrige Zinsen und die Lockerung der Kreditrichtlinien der deutschen Banken beigetragen. Allerdings waren ebenfalls unverändert kleine Unternehmen deutlich häufiger von Schwierigkeiten bei der Kreditaufnahme betroffen als große Unternehmen. Strukturell bedingt niedrigere Bonitäten und Probleme, ausreichend

Sicherheiten zu stellen, konzentrieren sich nach wie vor auf diese Unternehmen. Daraus resultieren Kreditablehnungen und unvorteilhafte Konditionen für die betroffenen Unternehmen.

Die Ergebnisse im Einzelnen:

1 Die Finanzierungssituation der Unternehmen war bis Ende März noch weitestgehend gut. Der Anteil der Unternehmen, die von Schwierigkeiten beim Kreditzugang berichteten, betrug 13,4 %. Demgegenüber gaben 56,8 % der Unternehmen an, dass der Kreditzugang „leicht“ gewesen sei. Der Ausbruch der Corona-Krise setzt dem Allzeithoch im Finanzierungsklima jedoch ein Ende. Erste Zahlen für das zweite Quartal 2020 zeigen, dass die Kredithürden für Unternehmen gestiegen sind.

2 Die seit der Jahrtausendwende zu beobachtende positive Entwicklung der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen setzte sich auch im vergangenen Jahr fort. So berichteten 43,9 % der befragten Unternehmen von einer Verbesserung ihrer Eigenkapitalquote. Gleichzeitig meldete jedoch ein Anteil von 14,8 % einen Rückgang ihrer Eigenkapitalquote. Für das aktuelle Geschäftsjahr kann aufgrund der Corona-Krise mit einer Verschlechterung der Eigenkapitalsituation vieler Unternehmen gerechnet werden.

3 Zwar haben sich auch die Ratingnoten 2019 wieder auf breiter Front verbessert – 32,5 % der Unternehmen meldeten eine Verbesserung der Bonitätsbewertung. Gleichzeitig stieg jedoch der Anteil der Verschlechterungsmeldungen auf 11,3 %. Die Auswirkungen der aktuellen Krise dürften die Bonitätsbewertungen der Unternehmen in diesem Jahr noch weiter unter Druck setzen.

4 Bankkredite bleiben eine wichtige Finanzierungsquelle: 50,3 % der Unternehmen haben im letzten Jahr Kreditverhandlungen geführt. Allerdings hat sich dieser Anteil in den zurückliegenden Jahren deutlich verringert. Im Befragungsjahr 2016 gaben noch 59 % der befragten Unternehmen an, Kreditverhandlungen geführt zu haben. Aktuelle Zahlen zum Kreditneugeschäft deuten jedoch darauf hin, dass die Corona-Krise die Kreditnachfrage der Unternehmen wieder merklich erhöhen wird.

5 Kurzfristige Kredite wurden 2019 am häufigsten nachgefragt; 52,5 % der kreditnachfragenden Unternehmen führten hierüber Kreditverhandlungen. Langfristige und mittelfristige Kredite rangieren mit 51,5 und 49,5 % jedoch nur knapp dahinter.

6 Mit einem Anteil von 14,4 % scheiterten Verhandlungen über mittelfristige Kredite im zurückliegenden Jahr am häufigsten. Verhandlungen über kurz- und langfristige Kredite waren mit Anteilen von 10,6 und 9,8 % etwas erfolgreicher.

7 Die aktuelle Befragung bestätigt, dass Innenfinanzierung weiterhin die mit Abstand wichtigste Rolle in der Unternehmensfinanzierung spielt. Daneben kommt auch Bankkredit sowie Darlehen und Einlagen von Gesellschaftern und Familienangehörigen eine hohe Bedeutung zu. Alternative Finanzierungsformen, wie Mezzanine- oder Beteiligungsfinanzierungen, sind dagegen nach wie vor nur von untergeordneter Relevanz. Auch neuere Finanzierungsinstrumente wie Kredite von Kreditfonds sowie Crowdfunding konnten sich bisher nicht durchsetzen.

Gerne senden wir Ihnen die kompletten Umfrageergebnisse. Schicken Sie uns dafür eine E-Mail an: info@umu.de

Impressum

Verantwortl. Redakteur: Dipl.-Kfm. Johann Stigler Herausgeber: Bundesverband Deutscher Mittelstand e.V. - BM, Europäisches Wirtschaftsforum e.V. - EWIF, Union Mittelständischer Unternehmen e.V. - UMU und Union Freier Berufe und Mittelständischer Unternehmen e.V. - UFB/UMU – Wir Eigentümerunternehmer, Edelsbergstr. 8, D-80686 München, Tel. (089) 57007-0, Fax (089) 57007260. Druck: NEEF+STUMME, Hamburg. Vertrieb: Impulse Medien GmbH. Erscheinungsweise: mehrmals jährlich, für unsere Mitglieder im Rahmen ihrer Mitgliedschaft im Verband kostenlos enthalten. Nachdrucke sind nicht gestattet.

Soziales Engagement von Mitgliedern ▼ Uganda

Hans-Jürgen Schneider verhilft armen Familien zu Einkommen

Unser Mitglied, Senator Hans-Jürgen Schneider, geschäftsführender Gesellschafter der Elektroplan Schneider GmbH & Co. KG aus dem hessischen Stadtallendorf, ist bekannt dafür, kein Engagement und keine Verantwortung zu scheuen. Mit großer Leidenschaft engagiert er sich in Berufsverbänden, in der Jugendbildung und Nachwuchsförderung, im Sport und in karitativen Organisationen. Dafür wurde er in 2016 auch mit dem Hessischen Verdienstorden ausgezeichnet.

Im Jahr 2018 half er beim Wiederaufbau im Irak und schulte in Erbil, der Hauptstadt des kurdischen Nord-Iraks, junge Menschen darin, Unternehmen zu gründen.



Die Tafel erinnert an die Spender und Förderer des Brunnenprojekts. Hans-Jürgen Schneider mit Honoratioren und Einwohnern des Dorfes Kawalokota

Nun ist ein weiteres humanitäres Engagement im Ausland hinzugekommen, wieder ein „Abenteuer“, und zwar in Uganda. Hier ging es nicht darum, wie im Irak, Unternehmen zu gründen, sondern viel grundlegender, den Ärmsten der Armen zu helfen, ausreichend Nahrung zu haben und zu-



mindest ein minimales Einkommen für ihre Familien zu erwirtschaften. Initiiert hat er die Hilfe für das Dorf **Kawalokota** in Uganda als Präsident des Rotary Clubs im hessischen Stadtallendorf, aber einen wesentlichen Teil der Kosten der Hilfen selbst getragen oder die nötigen Spenden gesammelt. Zunächst ging es darum, zwei neue dringend benötigte Brunnen zu bauen. Das Projekt wurde von der deutschen

Bundesregierung gefördert, den nötigen Eigenanteil steuerte Schneider bei.

Bei seinem Aufenthalt im Februar 2020 vor Ort in Uganda wollte er zudem mit eigenen Augen sehen, was dort gebraucht wird. Das bewog ihn, für die ärms-

ten Familien **Geld für Ziegen** zu sammeln. Eine Ziege stellt dort einen erheblichen Wert dar und der Besitz von ein paar Ziegen hilft, das Überleben zu sichern und ein kleines Einkommen zu erwirtschaften. Die Milch wird getrunken, die Ziegen vermehren sich rasch und die Zicklein werden verkauft oder eingetauscht gegen andere Waren. Er hat selbst die Ziegen an die bedürftigen Familien übergeben – sehr emotionale und bewegende Momente für ihn, vor allem die große Dankbarkeit zu erleben. 81 Ziegen hat er bisher vermittelt, scherzhaft wurde er „Herr der Ziegen“ genannt.



Aber bei den Hilfen zur Subsistenz blieb es nicht, Bildung und Ausbildung sind entscheidend, damit die Ärmsten ihr Leben selbst in die Hand nehmen können. Für **Schulbildung** ist in Uganda der Besitz einer Schuluniform wichtig, etwas was sich die Ärmsten kaum leisten und die Kinder so keine Schule besuchen können. Senator Schneider hat sich spontan entschieden 60 Kindern eine neue, einfache Schuluniform zu spendern. Und er half, 37 Dorfbewohnerinnen eine **Ausbildung zur Näherin** zu ermöglichen. Sogar die Vizepräsidentin von Uganda war bei der Urkundenübergabe dabei.

Nach seiner Rückkehr wurde er von der Oberhessischen Presse interviewt und ge-



fragt, wie er sich fühle und mit folgenden Worten zitiert. „*Ich fühle mich anders seitdem. Ich bin bewegt und beeindruckt und ich will weiterhin helfen*“. Er denkt jetzt darüber nach, wie man mehr Menschen dort eine Berufsausbildung ermöglichen kann, zum Beispiel in seinem Fachgebiet, der Elektrotechnik.

Wir gratulieren Herrn Senator Schneider zu diesem Erfolg und außergewöhnlichen Einsatz!

Haben Sie Interesse, solche konkreten Hilfs- und Bildungsprojekte zu unterstützen? Geben Sie uns bitte Bescheid: info@umu.de ■